AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 07.03.2016 | Reinhard Krumm

Die Rückkehr der Geschichte

Warum es keine schnelle Lösung im Konflikt mit Russland geben wird.

Wenige Aussagen sind so oft zitiert worden wie die des Stanford-Professors Francis Fukuyama zum Ende der Geschichte. Gemeint war, dass der System-Wettlauf zwischen Kommunismus und Demokratie, zwischen Plan- und Marktwirtschaft beendet ist. Die Demokratie auf der Grundlage eines möglichst unregulierten Kapitalmarkts nach amerikanischem Vorbild hatte sich damals auf ganzer Breite durchgesetzt.

Und so wurde Politik gemacht, auch Außenpolitik. Die NATO dehnte sich gen Osten aus, genauso wie die EU. Die neuen Länder suchten vor allem Schutz vor der imaginären Sowjetunion, die inzwischen zu einem russischen Scheinriesen verkommen war. Kein Wunder, dass die Russen mit dieser Entwicklung wenig einverstanden waren.

Daraus resultierten unterschiedliche Perzeptionen der neunziger Jahre. Der Westen freute sich über das Ende der europäischen Spaltung und hoffte auf Demokratie und Wohlstand. So geschah es auch. Russland hatte die gleichen Hoffnungen, doch blieb die demokratische Entwicklung stecken, die Regierung ließ das Parlament beschießen, und der Wohlstand erreichte nur einige wenige. In anderen ehemaligen sowjetischen Republiken waren ähnliche Prozesse zu beobachten.

Doch nun, ein Vierteljahrhundert nach den viel zitierten Worten des amerikanischen Professors, kehrt die Geschichte mit Wucht zurück. Die Welt scheint aus den Fugen zu geraten. Viele Modelle werden diskutiert. China will eines haben, Russland propagiert eines. Selbst in der EU proben einige Staaten den Aufstand.

Im Falle Europas ist das Grundproblem der Eindämmungspolitik im Kalten Krieg wieder aufgetaucht: Die Sicherheitsinteressen der osteuropäischen Staaten – einst Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn, nun die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau – sind mit denen Russlands, einst der Sowjetunion, nicht vereinbar. Obwohl es gemeinsame Regeln gibt, wie die KSZE-Schlussakte von 1975 und die

Pariser Charta von 1990.

Ein Vierteljahrhundert nach den viel zitierten Worten von Francis Fukuyama kehrt die Geschichte mit Wucht zurück.

Doch es bestehen Unterschiede, denn die Rahmenbedingungen haben sich deutlich verändert.

Während es früher vor allem die USA und die Sowjetunion waren, die sich zu Kompromissen bereit erklären mussten, sind es nun weit mehr Staaten. Und Russland wird aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage nur eine Juniorposition zugebilligt. Obwohl der Wille, militärische Macht einzusetzen, in den vergangenen Jahren gestiegen ist.

Während zum Ende der Sowjetunion hin insbesondere die jüngeren Generationen, aber auch die für Aufbruch stehende Generation der 60er, die eklatanten Schwächen der UdSSR erkannten und immer zynischer ob der angeblich überlegenen Ideologie wurden, haben wir heute in Russland ein ganz anderes Bild: Kritik der russischen Bevölkerung an innen- und vor allem sozialpolitischen Missständen und gleichzeitig breite Unterstützung des außenpolitischen Kurses. Auch unter der Bedingung, persönliche wirtschaftliche Einschränkungen hinnehmen zu müssen.

Die Interessen der Länder der Östlichen Partnerschaft divergieren erheblich. So ist in Georgien, Moldau und der Ukraine eine deutliche Hinwendung in Richtung EU durch die seit dem 1. Januar 2016 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommen zu verzeichnen; in Belarus und Armenien dagegen die Ausrichtung hin zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Trotzdem schaut auch Belarus mit einem Auge gen EU, Armenien hat sogar gleichzeitig die Aufnahme von Gesprächen mit der EU für ein abgespecktes Assoziierungsabkommen aufgenommen. Nur Aserbaidschan kreist um sich allein.

Alle Länder eint der Wunsch nach Anerkennung der eigenen, zum Teil noch jungen Souveränität und die Auffassung, dass Russland eher als Unsicherheitsfaktor, denn als Stabilisator in der Region wirkt.

Was folgt daraus für eine Politik, die zum Ziel haben muss, den Frieden in Europa sicherzustellen? Um es zunächst negativ zu formulieren: Es wird keinen Big Bang geben, keine große Konferenz und keine Strategie für eine rasche Behebung der derzeitigen Spannungen und Widersprüche.

Um es konstruktiv zu formulieren: Es bedarf einer realistischen, gleichwohl auf Werten beruhenden Politik. Realistisch im Sinne, dass dies auf der Grundlage der Sicherheitsinteressen Russlands, der Länder der Östlichen Partnerschaft und der EU-Länder wie Polen und den baltischen Ländern geschieht. Diese Sicherheitsinteressen sind begründet in der jüngsten Geschichte des Kalten Krieges, aber natürlich auch in den militärischen Aktionen Russlands in jüngster Zeit. Auf der einen Seite. Und im Falle Russlands in der internationalen Politik seit 1991, zu der die militärischen Interventionen ohne UN-Mandat genauso gehören wie die NATO-Osterweiterung. Dabei ist es zunächst unerheblich, ob die Bedrohungen auf Fakten oder Wahrnehmung beruhen.

Es bedarf einer realistischen, gleichwohl auf Werten beruhenden Politik.

Gleichzeitig wird die Politik wertebasiert sein müssen. Das Verhältnis wird nach der Bedrohung berechnet. Es sich allein im Lager der Realisten oder im Lager der Moralisten gemütlich zu machen, verbietet die aktuelle politische Situation – sowohl in der Ukraine als auch in Syrien. Beide Krisen sind dabei Symptome eines viel größeren Problems: Russland will bei einer Sicherheitsordnung in Europa als vollwertiger Akteur dabei sein. Deshalb verspricht weder der eine noch der andere absolute Ansatz Erfolg. Also muss es in Richtung eines echten Kompromisses gehen.

Dabei steht Russland im Prinzip weiter hinter der KSZE-Schlussakte und der Pariser Charta, auch wenn die Ukraine-Politik dem komplett widerspricht. Doch sieht die russische Führung gleichzeitig diese Verträge aufgrund einer sich dramatisch verändernden Welt als nicht mehr zeitgemäß an. Hier liegt die Crux und der Widerstand jener, die sich eine bessere Lösung als bisher kaum vorstellen können.

Russland wird aufgrund der Sanktionen seine Außenpolitik nicht grundlegend ändern.

Russland wird aufgrund der Sanktionen seine Außenpolitik nicht grundlegend ändern. Zumal es im eigenen Land ein Bedürfnis danach gibt; ebenso den Wunsch nach einer Orientierung an Werten und Identität. Wenn die EU für sich allein die Europa-Vertretung in Anspruch nimmt, darf sie sich nicht wundern, wenn Nicht-Mitglieder, die sich trotzdem als Europäer sehen, erstens damit nicht einverstanden sind und zweitens Alternativen

suchen. Derweil sollte Russland sich nicht wundern, dass es von immer weniger Staaten als Teil Europas angesehen wird.

Wenn Polen die EU in den letzten 20 Jahren als Chance wahrgenommen hat, so war das in einem Umfeld „ohne Geschichte“ möglich. In einer Zeit der „wiederkehrenden Geschichte“ gestaltet sich eine solche Entwicklung gleichwohl wesentlich schwieriger. Klar ist, dass Russland ohne ein ordentliches Verhältnis mit seinen westlichen Nachbarschaftsländern nicht auskommen wird. Und genauso klar ist, dass die Länder der Östlichen Partnerschaft ein ordentliches Verhältnis zu Russland brauchen. Beide Lager eint bisher, dass sie das nicht wahrhaben wollen.

Obwohl jeder Vergleich mit dem Kalten Krieg nicht zielführend ist, so sind zwei Voraussetzungen der Politikorientierung von damals durchaus auf die heutige Zeit anzuwenden. Zum einen ist mit dem politischen Personal zu arbeiten, das gerade die Schalter der Macht bewegt. Ein „Regime Change“ gegenüber der Sowjetunion und ihren Generalsekretären war einst keine Option gewesen. Und zweitens wird ein strategischer langer Atem gebraucht. Denn es wird dauern, bis sich die Widersprüche auflösen lassen. Es gilt das Diktum der „Penetranz der Diplomatie“ – vor allem bei einer „Rückkehr der Geschichte“.



Reinhard Krumm
Washington

Dr. Reinhard Krumm leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington. Zuvor war er unter anderem als Leiter des Büros für die Baltischen Staaten in Riga, des Regionalbu□ros fu□r Zusammenarbeit und Frieden in Europa mit Sitz in Wien, des Büros in Moskau sowie des Referats Mittel- und Osteuropa in Berlin tätig.

7 LESERBRIEFE

Erwin Weiß schrieb am 08.03.2016

Der Artikel von Reinhard Krumm über "Die Rückkehr der Geschichte" beschreibt die derzeitige Weltpolitik recht ausgewogen und lässt auf eine friedliche Lösung der Spannungen hoffen, wenn alle Beteiligten sich zu Kompromissen bereit erklären. Die entscheidendste Figur ist dabei Wladimir Putin als Präsident Russlands. Er setzt leider wieder auf militärische Stärke und nicht auf wirtschaftliche Prosperität Russlands. Sein Selbstbewusstsein baut vermutlich weiterhin auf die noch bestehenden KGB-Strukturen mit weltweiten Netzwerken zur Spionage, Sabotage und Desinformation. Dazu kommen wahrscheinlich noch Partner aus kriminellen Vereinigungen, die derzeit ein Milliardenvermögen aus Bauunternehmen für Sportbauten und Schlepperbanden beziehen. Putin muss jetzt das Gegenteil erst beweisen.

Stefan Siewert schrieb am 08.03.2016

Vielleicht ergänzend kann darauf verwiesen werden:

1. globale Wirtschaft steuert auf einen Umkehrpunkt (Wachstum, Schulden, Negativzinsen, neue Technologien, China's Implosion, etc.)

2. Russland hat überreizt. Es kommt eine Zeit nach Putin mit Kompromiss zur Ukraine und einer neuen Welle von Innovationen in der Wirtschaft. Eine kurzfristig kritische Masse an Veränderung? Schwer zu sagen!

3. Der Westen hat überreizt, löst das Wohlstandsversprechen von Demokratie und Marktwirtschaft nicht ein (ein fragmentierte EU ist noch immer unterhalb der 2008 Wirtschaftsleistung, in den US Wachstum nur für 1%, deutsches Wachstum ist unbalanciert,).

Ich schließe mich dem Vergleich zu den Denkmustern des Kalten Krieges an: mehr Hausaufgaben machen, weniger Regimechange anstrebe

---

Alisher schrieb am 08.03.2016

Der Artikel beschreibt die entstandene Lage zieltreffend. Diese Lage ist leider durch viel jährige Ignoranz

entstanden. Erst in den 90er Jahren als Russland in den Augen der westlichen Partnern in die Vergessenheit geriet und NATO sich nach Osten erweiterte. Ab 2000er als viele Angebote und Aufrufe zu Zusammenarbeit seitens Russlands im Westen nicht ernst genug angenommen wurden. Diese Entwickelungen führten zu Isolierung Russlands und zu Iritation der politischen Personals in Moskau.

---

weissammer schrieb am 08.03.2016

Wenigstens ist der Artikel nicht gar so einseitig, wie wir es sonst in der westlichen Medienlandschaft gewohnt sind. Der Schlüssel liegt nicht bei Putin, sondern allein in der Außenpolitik der USA. Von Gorbatschows Idee eines europäischen Hauses bis zu Putin's Vorstellungen in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag ist alles konsequent hintertrieben worden. Russland hat mehr oder weniger stillgehalten, obwohl die NATO sich ein Land nach dem anderen "einverleibt" hat. Selbst Raketen in Polen wurden hingenommen. Dass Russland bei der Ukraine endlich die Notbremse gezogen hat, sollte eigentlich für jeden halbwegs neutralen Beobachter mehr als verständlich sein. Wer ist hier aggressiv? Russlands

Militärhaushalt ca 80 Mrd, USA 600, GB 60, Fr 62, D 46 Mill. Wer hat Angst vor Angst vor Putin?

Peter W.+Schulze schrieb am 08.03.2016

Im Prinzip mit der großen Argumentationslinie sehr einverstanden; aber eine kleine Anmerkung. Das Grundproblem der Eindämmung während des Kalten Krieges war nicht die Orientierung der Ost- und Mitteleuropäischen Staaten. Die waren eh im Orbit der Interessen Moskaus. Die zentrale Frage damals wie heute war und ist: wer kontrolliert, beeinflusst Bonn/Berlin und wohin wendet sich Berlin, wenn es sich im Rahmen einer neu geordneten EU einmal als staatlicher Souverän entscheiden würde? Darum geht gegenwärtig auch der Konflikt. Die Ukraine ist nur eine Schachfigur auf dem Brett der US-Geopolitik, die Washington wesentlich zügiger spielt als Berlin, Paris und schon gar nicht Brüssel. Moskau wird kaum Initiativen zukünftig liefern, die Erfahrungen seit 2009 schmerzen immer noch.

Felix schrieb am 09.03.2016

Natürlich muss man mit dem vorhandenen Personal

verhandeln, demnach auch mit Putin, der eine zynische Machtpolitik betreibt und Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen tritt. Und der überdies eine kaum zu überbietende, verlogene Propagandamaschine angeworfen hat, die unser westiches Wertesystem ins Lächerliche zieht. Allerdings sind wir in letzter Zeit auch selbst dabei, unsere Wertevorstellungen preiszugeben. Der Spagat zwichen Real- und Wertepolitik gelingt uns in Europa nicht überzeugend, und wenn, dann nur kurzfristig. Der Vertrauensverlust zwischen Ost und West mit einer zerrissenen Ukraine dazwischen ist immens und nur schwer zu kitten. Die Situation ist in unserer multipolaren Welt wesentlich brenzliger als in Zeiten des Kalten Krieges!

Vadim schrieb am 08.04.2016

Lieber Reinhard Krumm,
was wollten Sie mit Ihrem Artikel sagen?
